

Kein Sensorium für Risiken

Wir diskutieren, welche Technik in 50 Jahren die richtige sein soll. Doch die Zukunft ist kaum planbar. Nötig wären vielmehr die richtigen Anreize.

Armin Eberle

Energie ist ein typisches Un-Thema. Dass sie jederzeit verfügbar ist, wird als selbstverständlich erachtet. Die Konsumenten schätzen das Produkt, mit der Infrastruktur möchten sie aber lieber nichts zu tun haben. Mehr noch: sie stört. Handyantennen und Strommasten zum Beispiel. Auch die Kosten für Energie sind kaum bekannt. Wer kennt schon die Höheseiner Stromrechnung? Dies gilt auch für viele Unternehmen.

Energie wird nur dann zum grossen Thema, wenn sie fehlt, unzuverlässig geliefert oder teurer wird («Ölpreisschock»). Solche Störungen sind besonders für die rund 1000 energieintensiven Industrieunternehmen in der Schweiz ein Problem, denn für sie sind Energiepreise und die Verfügbarkeit von Energie entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit.

In der Bevölkerung wird Energie vor allem dann Beachtung geschenkt, wenn ein neues Kraftwerk gebaut werden soll («nicht vor meiner Haustür»), es zu Blackouts oder zu Landschaftsbeeinträchtigungen kommt. Im Normalfall aber steht Energie im Problembewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer nicht an vorderer Stelle. Im Sorgenbarometer der Credit Suisse führte nicht einmal das Reaktorunglück in Fukushima im Jahr 2011 zu einem markanten Anstieg des Problembewusstseins der Schweizer Bevölkerung. Ganz im Gegensatz zur Politik: «Fukushima» hat in der Schweiz die Energiewende und die «Energiestrategie 2050» eingeleitet, die das politische System auch in den nächsten Jahren prägen werden.

Gegensätzliche Risikowahrnehmung

Möglicherweise liegt diese Diskrepanz im Umgang mit Energiethemen im Unvermögen, Risiken objektiv wahrzunehmen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat in einer aktuellen Studie eine länger andauernde, schwere Strom-Mangellage als das grösste aller Risiken für die Schweiz bezeichnet. Sowohl ihre Wahrscheinlichkeit als auch ihre Auswirkungen wären grösser als beispielsweise diejenigen von Pandemien, Erdbeben oder Flüchtlingswellen. Die Bevölkerung reagiert allerdings kaum, denn der Mensch hat kein exaktes Sensorium für Wahrscheinlichkeiten und Risiken. Im Gegenteil, die Intuition trügt oft. So haben viele Reisende etwa Angst vor dem Fliegen, nicht aber vor der risikoreicheren Autofahrt zum Flughafen.

Die Wirkungen einer Strom-Mangellage mit all ihrer Nebenwirkungen sind zudem schwer fassbar. Computer und Steuerungen würden ausfallen, Heizungen, aber auch Lastwagen, denn ohne Strom für Pumpen könnten sie auch kein Diesel mehr tanken. Ähnlich verhält es sich mit dem CO2-Ausstoss. Die Folgen des Klimawandels sind noch kaum spürbar. Wir sehen und riechen CO2 nicht, Pflanzen brauchen es. Laut Wissenschaftlern ist die Eintrittswahrscheinlichkeit des Klimawandels sehr hoch. Doch wann trifft er wen wie hart?

Kaum planbare Zukunft

Die Diskussion um die Energiezukunft und die Energieversorgung ist deshalb vor allem ein Expertenthema. Hier greift die Politik ein und das ist gut so. Doch auch hier gilt: Die Zukunft ist kaum planbar. Sowohl die Energiesysteme als auch die Klimaentwicklung sind langfristige, träge Systeme. Umgekehrt werden regelmässig die Dynamik der Wirtschaft und die technische Innovationskraft unterschätzt.

Etwas tun oder nichts tun, beides hat Konsequenzen, die erst in Jahrzehnten sichtbar werden: Soll eine technische Lösung gesucht werden, mit der beliebig viel Energie nahezu gefahr- und abfalllos produziert werden kann (Fusion) oder ist die Lösung dezentral und erneuerbar, rein sonnenbasiert? Muss diese Entwicklung durch den Staat definiert, gesteuert und subventioniert werden? Oder sollten wir eher auf «Schwarmintelligenz» setzen, auf dezentrale Entscheide, die in die richtige Richtung gehen? Entscheidend ist die aktuelle Diskussion der künftigen Rahmenbedingungen; sei es durch die Energiestrategie 2050 oder die Einführung von Lenkungsabgaben in der Höhe der ungedeckten Umweltkosten und Risikoprämien.

Anreize zum Umdenken

Punkto Energieeffizienz hat sich etwa bei Firmen ein auf Anreizen beruhender Ansatz bewährt: Unternehmen, die sich verpflichten, ihre CO2-Emissionen zu vermindern, erhalten dafür die CO2-Abgabe rückerstattet. So haben sie konkrete finanzielle Anreize, verbessern ihre Wettbewerbsfähigkeit und leisten einen grossen Beitrag zum Klimaschutz. Dank solchen Zielvereinbarungen, die wirtschaftliche Massnahmen mit Lenkungsabgaben kombinieren, ist hier eine nachhaltige Lösung gelungen, die sowohl wirtschaftlich, gesellschaftlich, als auch ökologisch Mehrwert brachte.

Dieses erfolgreiche Beispiel zeigt: Statt zu diskutieren, welche Technik in 50 Jahren die Schweiz oder die Erde beherrschen soll, müsste die Politik die richtigen Anreize setzen, damit Energiekonsumenten selbständig die richtigen Entscheide treffen.

Dr. Armin Eberle ist seit 2009 Geschäftsführer der Energie-Agentur der Wirtschaft. Der promovierte Volkswirt und Ingenieur ETH befasst sich seit 20 Jahren mit Fragen der Energiewirtschaft und -nutzung und kennt sowohl die Anwender- als auch die Produktionsseite.

Die Energiewende: unsere grösste Chance

Die Angst vor einem nuklearen Unfall ist verschwunden. Viele glauben, dass die Energiewende auf gutem Wege und alles geregelt ist. Falsch! Diese Haltung gefährdet das Land und verhindert 85'000 neue Arbeitsplätze.

Adèle Thorens Goumaz

Die Energiewende wird seit dem Atomunfall in Fukushima, der sich einige Monate vor den eidgenössischen Wahlen 2011 ereignete, intensiv im Parlament diskutiert. Dennoch scheint das Thema in der Bevölkerung nicht die gleiche Priorität zu haben: Im Sorgenbarometer der Credit Suisse wird es seit mehreren Jahren von nur knapp 20% der Befragten als eines der Hauptprobleme der Schweiz angesehen.

Wichtiger als Fukushima waren in den Augen der Schweizerinnen und Schweizer im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit und Fragen rund um die Einwanderung, respektive das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung. Der Entscheid der SNB, die Franken-Kursuntergrenze zum Euro aufzuheben, oder eine Wirtschaftskrise infolge des Scheiterns der Bilateralen liegen dieses Jahr vermutlich weit vorne in der Sorgenrangliste der Bevölkerung – sie werden sicherlich als eine grössere Bedrohung wahrgenommen als ein potenzieller nuklearer Unfall.

Alte Werke schliessen

Der schnelle Entscheid des Bundesrates nach Fukushima, keine Neubauten von Kernkraftwerken mehr zu genehmigen, hat einen grossen Teil der Bevölkerung beruhigt, viele betrachten das Problem als erledigt. Doch das ist es nicht. Es ist nicht genug, keine weiteren Kernkraftwerke zu bauen, um den beschlossenen Atomausstieg zu erreichen. Auch die bestehenden alten Kraftwerke müssen geschlossen werden. Vor Fukushima sahen die Betreiber Laufzeiten von etwa 40 bis 50 Jahren vor. Beim Kraftwerk Mühleberg bestehen bereits Sicherheitsprobleme, und Beznau ist das älteste noch in Betrieb stehende Kernkraftwerk der Welt.

Nach dem Entscheid des Bundesrates, keine neuen Kernkraftwerke zu bauen, bekommt die Frage nach der Schliessung der alten Anlagen eine neue Dringlichkeit: Sie dürfen nun nicht durch neue Kraftwerke ersetzt werden, sondern die Schweiz muss auf erneuerbare Energien und Energieeffizienzmassnahmen setzen. Dadurch werden zusätzliche Fördermassnahmen nötig, zumal die Schweiz in diesem Bereich anderen Ländern hinterherhinkt.

Die seither im Parlament diskutierte Energiestrategie 2050 soll Lösungen für diese grossen Herausforderungen und gegen den Klimawandel liefern. Leider ist der Atomausstieg darin keineswegs abschliessend geregelt. Die Energiestrategie beinhaltet keine Laufzeitbegrenzung für alte Kraftwerke und ermöglicht sogar Laufzeitverlängerungen auf über 60 Jahre, während Kernkraftwerke weltweit im Schnitt nach weniger als 30 Jahren abgeschaltet werden. Darüber hinaus werden die in der Strategie enthaltenen durchaus vernünftigen Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz von den konservativen Parteien angegriffen. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die Umsetzung des Atomausstiegs der nächsten Generation überlassen wird. Gleichzeitig wird in Kauf genommen, dass massive Investitionen in eine veraltete Technologie erfolgen und dass das Risiko eines nuklearen Unfalls ansteigt.

Es ist daher zu erwarten, dass das Thema wieder in den Fokus der Bevölkerung rückt. Die Grünen haben eine Volksinitiative gestartet, die verlangt, dass Atomkraftwerke nach 45 Jahren vom Netz genommen und durch saubere Energien ersetzt werden müssen. Sie wird dem Volk als Ergänzung zur Energiestrategie 2050 vorgelegt, da diese hinsichtlich der Schliessung der alten Kraftwerke keine befriedigende Lösung bereithält. Die Energiestrategie selbst könnte zudem durch konservative Bewegungen mit einem Referendum attackiert werden. Sie ist deshalb mit aller Vehemenz vor dem Volk zu verteidigen.

Neue Arbeitsplätze

Somit könnte die Energiewende schnell ihren hinteren Platz, den sie derzeit – wie ich finde – zu Unrecht in der Prioritätenliste der Schweizerinnen und Schweizer einnimmt, verlassen und in den Vordergrund treten. Das Thema ist ausserdem hochaktuell und für die Zukunft unserer Volkswirtschaft von enormer Bedeutung. 85'000 neue Arbeitsplätze können nach Schätzungen der Schweizerischen Energie-Stiftung bis 2035 in der Schweiz durch die Energiewende geschaffen werden. Durch höhere Energieeffizienz werden zudem finanzielle Mittel frei, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wird grösser und die Kaufkraft der Haushalte nimmt zu. Die Energiewende markiert nicht nur den Übergang von einer veralteten und gefährlichen Technologie hin zu sauberen und innovativen Technologien. Sie ist auch unsere grösste Chance, Mehrwert und neue Arbeitsplätze für die schweizerische Volkswirtschaft zu schaffen, deren Zustand uns derzeit so grosse Sorgen bereitet.

Adèle Thorens Goumaz ist seit 2007 Waadtländer Nationalrätin und seit 2012 Co-Präsidentin der Schweizer Grünen. Sie ist Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.